

Stellungnahme der Evangelischen Kirchen in Hessen zum „Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union“

Im Vorfeld des 60. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 2017 hat die Europäische Kommission am 01. März 2017 ein *Weißbuch über die Zukunft Europas* veröffentlicht. Dieses Strategiepapier soll die Überlegungen zur Zukunft der Europäischen Union strukturieren und als Wegweiser für die anstehende Reformdebatte dienen. Das Weißbuch greift fünf verschiedene Zukunftsszenarien für die Union bis 2025 auf, die bereits in der öffentlichen Debatte zirkulieren. Ausgangspunkt für jedes Szenario ist, dass die 27 Mitgliedstaaten gemeinsam als Union voranschreiten. Dabei schließen die Szenarien sich weder gegenseitig aus, noch sind sie erschöpfend. Der tatsächliche Weg in die gemeinsame europäische Zukunft wird sich daher sehr wahrscheinlich aus verschiedenen Elementen der genannten Szenarien zusammensetzen.

Eingangs konstatiert die Kommission, dass die EU in Frage gestellt werde. Dies resultiere unter anderem daher, dass die Mitgliedsstaaten alles Negative Brüssel zurechneten, Erfolge jedoch als die eigenen verbuchten. Die positiven Geschichten müssten auf lokalere Ebene erzählt werden, um sichtbar zu sein. Beispielsweise wüssten viele Bürger nicht, dass der Bauernhof um die Ecke, das Transportnetz und ihre Universitäten durch die EU finanziert würden. Zudem gebe es einen großen Unterschied zwischen Erwartungen an die EU bzw. Versprechen der EU und dem, was tatsächlich erfüllt werde. Dies resultiere unter anderem aus der Komplexität der Prozesse auf EU-Ebene. Auch die enorme Geschwindigkeit mit der Information durch soziale Medien heutzutage verbreitet und aufgenommen würden, stelle eine große Herausforderung für die Kommunikation von EU und Mitgliedsstaaten an Bürger dar.

Im ersten Szenario liefe *alles weiter wie bisher*. Die 27 Mitgliedstaaten der EU würden sich darauf konzentrieren eine Reformagenda umzusetzen, die Prioritäten und Gesetze regelmäßig an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen und Probleme anzugehen, sobald diese auftreten. Schwerpunkte der EU lägen auf Beschäftigung, Wachstum und Investitionen und der Verbesserung der gemeinsamen Währung. Die Herausforderung bei diesem Szenario liegt nach den Ausführungen im Weißbuch darin, dass nur der gemeinsame politische Wille zu „liefern“, die Lücke zwischen

Versprechungen, die auf dem Papier gemacht werden, und den Erwartungen der Bürger schließen werde. Die Einheit der 27 Staaten wäre bei ernsthaften Differenzen gefährdet.

Im zweiten Szenario würde eine weitere *Integration nur im Bereich des EU-Binnenmarktes* vorangetrieben, da die Mitgliedstaaten in anderen Politikbereichen wie Migration, Sicherheit oder Verteidigung außerstande sind, eine gemeinsame Haltung zu finden. Neue Maßnahmen würden lediglich auf bilateraler Ebene beschlossen. Gleichzeitig würde die regulatorische Belastung durch die Rücknahme von Gesetzen reduziert. In diesem Szenario würde ein funktionierender Binnenmarkt zur „Hauptdaseinsberechtigung der EU“. Wegen unterschiedlicher Sozialsysteme und fehlender Kooperation würden die Dienstleistungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht mehr voll gewährleistet. Grenzkontrollen innerhalb der EU wären wieder an der Tagesordnung. Die Entwicklungshilfe würde nationalisiert. Die Fähigkeit der EU als Summe ihrer Mitgliedstaaten zu handeln, wäre beschränkt.

Das dritte Szenario skizziert eine EU, in der einige Mitgliedstaaten in bestimmten Politikfeldern wie z.B. Verteidigung, innere Sicherheit oder Sozialem als sogenannte *Koalitionen der Willigen* voran gehen. Andere Mitgliedstaaten könnten sich später diesen Koalitionen anschließen. Wie im Falle des Schengen-Raums oder des Euro kann dieses Szenario auf dem bestehenden EU-Rahmen aufbauen, setzt aber die Präzisierung von Rechten und Pflichten voraus. Auf Ebene aller 27 Mitgliedstaaten würden der Binnenmarkt und die vier Grundfreiheiten gestärkt. Als Herausforderung dürften sich in diesem Szenario vor allem Fragen nach der Transparenz und Rechenschaftspflicht aufgrund der auf unterschiedlichen Ebenen getroffener Entscheidungen darstellen.

Im vierten Szenario „*Weniger, aber effizienter*“ würde die EU als Ganzes sich auf *bestimmte Gebiete* wie z.B. Handel, Innovationen, Sicherheit und Migration *konzentrieren*, um dort schneller Fortschritte zu machen. Hier würden auf europäischer Ebene auch neue Werkzeuge zur Verfügung stehen, die der direkten Umsetzung und gemeinsamen Durchsetzung dienlich wären. Hingegen würde die EU auf anderen Gebieten, in denen der Zusatznutzen ihrer Aktivitäten als eher begrenzt wahrgenommen wird oder davon ausgegangen wird, dass Erwartungen bzw.

Versprechen nicht gehalten werden können, nicht mehr oder nur noch in geringerem Umfang tätig. Dazu würden z.B. die Regionalentwicklung, die öffentliche Gesundheit oder Teile der Beschäftigungs- und Sozialpolitik zählen, die für das Funktionieren des Binnenmarkts nicht unmittelbar relevant sind. Vorteil dieses Szenarios wäre die klare Kompetenzaufteilung zwischen europäischer und nationaler Ebene.

Im fünften Szenario entschieden sich die Mitgliedstaaten *mehr gemeinsam zu machen*. Sie würden in allen Bereichen mehr Machtbefugnisse und Ressourcen teilen und Entscheidungen gemeinsam treffen. Damit würden Entscheidungen und deren Umsetzung auf europäischer Ebene schneller erfolgen. Außenpolitisch würde die EU mit einer Stimme sprechen, eine Europäische Verteidigungsunion wäre bis 2025 entstanden und die EU würde weiterhin im Kampf gegen den Klimawandel und als größter Geber humanitärer Hilfe vorangehen. Ein starker Fokus würde auf der Vollendung des Binnenmarktes in den Bereich Energie, Digitalisierung und Dienstleistungen liegen. Innerhalb des Euros gäbe es eine stärkere Koordinierung hinsichtlich sozialen, steuerrechtlichen und finanzpolitischen Themen. Für Unionsbürger würden damit mehr Rechte direkt aus dem EU-Recht ableitbar werden. Die Gefahr der Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger auf Grund aufgrund der vermeintlichen fehlenden demokratischen Legitimation und zu großer Machtverlagerung zur EU würde allerdings weiter bestehen.

Die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge sollen der Beginn eines Diskussionsprozesses unter den 27 EU-Mitgliedsstaaten um Europas Zukunft sein. Der weitere Zeitplan sieht vor, dass die Europäische Kommission diesen Prozess unterstützt und gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedsstaaten Debatten zur Zukunft Europas in nationalen Parlamenten, Städten und Regionen initiieren wird. Die Europäische Kommission werde in den nächsten Monaten weitere Diskussionspapiere mit Ideen, Vorschlägen und Szenarien für Europa im Jahr 2025 vorlegen.

Das Weißbuch hat durchaus gespaltene Reaktionen hervorgerufen, die einen sahen darin einen „klugen politische Schachzug“ (ZEIT online), die anderen einen Ausdruck von „Europas Unentschlossenheit“ (Spiegel online) und Abgeordnete warfen der

Kommission enttäuscht vor, nicht klar genug Stellung zu beziehen (etwa Gianni Pitella, Vorsitzender der Fraktion der progressiven Allianz der Sozialdemokraten).

Aus Sicht der Evangelischen Kirchen in Hessen ist das Weißbuch der richtige Ansatz, um die Mitgliedsstaaten und die Unionsbürger in die Verantwortung zu nehmen. Die EU ist die Summe ihrer Mitglieder. Deshalb ist es an ihnen, Farbe zu bekennen und darzulegen, wo die EU 2025 stehen soll. Nachdem sich bei der Abstimmung und den Diskussionen über Entschlüsse zur Zukunft der EU im Europäischen Parlament bereits gezeigt hat, dass die Vorschläge von einer Reform des Lissabon Vertrages mit einem eigenen EU-Finanzminister bis hin zur Harmonisierung der europäischen Haushaltspolitik reichen, wird deutlich, wie unterschiedlich die Vorstellungen darüber sind, wohin sich Europa entwickeln soll. Deshalb erscheint es notwendig, dass die Debatte von der Frage nach „mehr oder weniger Europa“ hin zu einer tiefergehenden Diskussion geführt wird.



Wiesbaden, 28.09.2017